

IFPI e.V.  
Deutsche Landesgruppe der IFPI  
z.Hd. Herrn Gerd Gebhardt  
Oranienburgerstrasse 67/68

10117 Berlin

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom  
mph

Telefon,  
089-12141517

Datum  
29.11.04

### **Offener Brief zur Urheberrechtsvergütung**

Sehr geehrter Herr Gebhardt,

am 26.01.2004 hat die deutsche Landesgruppe der IFPI die für die Musikschaaffenden überraschende Tarifik Diskussion zwischen GEMA und Phono-Wirtschaft begonnen.

Seit Januar dieses Jahres hat es in Deutschland hierzu eine engagierte Debatte gegeben. Diese Debatte nahm Bezug auf das Vorhaben der IFPI, die CD-Vergütungssätze von 9,009 Prozent des Herstellerabgabepreises auf 6,6 Prozent zu senken. Komponisten, Textdichter, Künstler, Produzenten, Verlage, Verbände und die GEMA sehen in dieser Absicht einen massiven Eingriff in die Urheberrechtsvergütung und haben diesen Vorstoß heftig kritisiert und ein Umdenken gefordert.

Die fehlende Verhandlungsbereitschaft mündete in ein seitens der IFPI gewünschtes Schiedsverfahren. Am 28. Juli 2004 fand der erste Termin beim Deutschen Patent- und Markenamt in München statt. Die Fortsetzung folgt in wenigen Tagen. Wie wir wissen kann ein solches Schiedsverfahren bis zu fünf Jahre dauern. Bis zu einer endgültigen Entscheidung zahlen ein Teil der dem Phonoverband angeschlossenen Tonträgerunternehmen die Differenz zwischen dem heute gültigen Satz und den beabsichtigten 6,6 % auf so genannte Sperrkonten ein. Sollte dies die Praxis in den kommenden Jahren sein, befürchten wir massive negative Folgen für die gesamte deutsche Musikwirtschaft. Die Umsetzung würde der in Deutschland produzierten Musik erheblich schaden.

Die Absenkung der CD-Vergütungssätze wird die Bemühungen seitens vieler Organisationen der Musikwirtschaft und seitens der Politik für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die in Deutschland produzierte Musik konterkarieren. Künstler und Musikproduzenten, die sehr häufig auch die Autoren ihrer Werke sind, gehen, weil sich die in Deutschland produzierte Musik nicht mehr in der Strategie der globalisierten Musikkonzerne wiederfindet, bereits jetzt hohe eigene kaufmännische Risiken ein, um den Fortbestand ihrer Musik und somit ein Stück deutscher Kultur zu sichern. Dies ist künftig nur möglich, wenn die bisherigen Vergütungssätze weiter Bestand haben und die Vergütungssätze für die digitale Verbreitung geregelt werden.

In den vergangenen Monaten haben die Musikschaaffenden bereits Reduktionen von Recording-Budgets, verrechenbaren Vorschüssen und Lizenzen akzeptieren müssen. Ganz nach dem Prinzip „Friss oder stirb“ sind viele Künstler und Produzenten notgedrungen hierauf eingegangen, in der Hoffnung, dass sie den Fortbestand ihrer Partnerschaft mit den Tonträgerunternehmen und Labels und somit die Auswertung ihrer Arbeiten sichern können.

Tonträgerunternehmen bezeichnen sich häufig als Partner der Künstler und Produzenten. Als Verband der deutschen Musikproduzenten und somit der Interessenvertretung der führenden Produzenten in diesem Land fordern wir von der deutschen Landesgruppe der IFPI die sofortige Rücknahme der Lizenzreduzierung für den physischen Tonträger und zügige Verhandlungen ohne die üblichen Rituale zur Festsetzung der Abgaben für die digitalen Medien. Nur so kann der vielgepriesenen Partnerschaft Rechnung getragen werden.

Die bereits heute bestehende Benachteiligung der in Deutschland produzierten Musik gegenüber den anglo-amerikanischen Produktionen muss beseitigt und nicht, wie nun wohl offensichtlich vorgesehen, noch weiter verschlechtert werden. Ziel ist die Zukunftssicherung der äußerst kreativen deutschen Musik-Szene. Auf vielen Ebenen wird aktuell über eine Radioquote diskutiert, um insbesondere die öffentlich-rechtlichen Sender an deren Kulturauftrag zu erinnern. Wir haben gemeinsam erkannt, wie wichtig die Plattform Radio für die deutsche Populär-Musik ist. Der Schulterschluss zwischen den Organisationen und der Politik funktionierte bis auf wenige Ausnahmen, und das gleiche Ziel wurde verfolgt. Wenn jedoch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die in Deutschland produzierte Musik nicht garantiert werden, hat dieser Einsatz wenig Sinn. Ohne eine wirtschaftliche Grundlage wird es keine qualitativ hochwertigen Produktionen aus Deutschland mehr geben, die in Radio Deutschland gespielt werden können.

Die Beibehaltung der bisherigen Vergütungssätze ist der erste Schritt. Nur so hat die in Deutschland produzierte Musik eine Zukunft. Das sollte unser aller Ziel sein, hierfür lohnt es sich zu arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Mike P. Heisel  
Vorstandsvorsitzender  
Verband der deutschen Musikproduzenten e.V.